

enstammbücher und Heiratsurkunden besorgt, einen Antrag gestellt. Doch dessen Bearbeitung ist erstmal auf die lange Bank geschoben: In einem Briefwechsel zwischen dem griechischen Migrationsminister Ioannis Mouzalas und dem deutschen Innenminister Thomas de Maizière vom 4. Mai 2017 wurde vereinbart, den Prozess der Familienzusammenführung drastisch zu verlangsamen: So dürfen maximal 70 Menschen pro Monat zu ihrer Familie nach Deutschland. Eine derartige Verlangsamung der Familienzusammenführung ist in der Dublin-Verordnung jedoch nicht vorgesehen. Ein Familienangehöriger hat nach Artikel 8-10 der Verordnung das Recht, zu seiner Familie überführt zu werden. Elin's Tochter Hayet kreischt gelangweilt von unserem Gerede und zerfleddert das syrische Familienstammbuch, ich nehme es ihr schnell aus der Hand.

Wir stehen nicht zu den Schutzgarantien, auf die wir uns verpflichtet haben

Stehen wir zu den Garantien, zu denen wir uns in der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, den europäischen Verordnungen und der Europäischen Menschenrechtskonvention verpflichtet haben? Mohammed, Elin, Ammar – die Menschen, die ich getroffen habe, erfüllen den engen Flüchtlingsbegriff und gehören damit zu den Personen, denen unser unbedingter Schutz gebührt. Sie sind nicht Objekt unseres Wohlwollens oder einer vielbeklagten Solidarität. Sie haben ein Recht. Das Recht auf unseren Schutz. • •

Marie Klotz arbeitete während ihres Kolleg-Jahres u.a. in Griechenland.

Mehr Mobilität

Ein innovativer Ansatz in Westafrika bietet Alternativen zur Rückkehr

Hannes Einsporn | In der Mittagshitze erreiche ich das Ministerium in Bamako, der staubig-heißen Hauptstadt Malis, wo ich für den Danish Refugee Council arbeite. Auch wenn der krisengeschüttelte Norden des Landes über 1000 Kilometer entfernt ist, soll es bei einem Treffen um die dortigen Herausforderungen gehen. Genauer gesagt darum, ob die Menschen, die in Nachbarländer geflohen sind, in den Norden Malis zurückkehren wollen. Und wenn ja, was sie brauchen, damit sie in ihren Dörfern wieder Fuß fassen können. Die Zahl ist seit drei Jahren unverändert: 136 000 malische Flüchtlinge befinden sich immer noch in Burkina Faso, Niger und Mauretanien. Eine Rückkehr in den von Instabilität, Kämpfen zwischen bewaffneten Gruppen und gewaltsamen Übergriffen geprägten Norden ihres Landes ist für viele Flüchtlinge noch undenkbar.

Im Jahr 2012 fiel Mali wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Unabhängigkeitsbestrebungen und Landnahme im Norden durch militante Islamisten, verbunden mit einem Staatsstreich in Bamako, führten dazu, dass knapp eine

halbe Million Menschen außer Landes flohen oder innerhalb Malis vertrieben wurden. Seit der Rückeroberung der besetzten Gebiete mithilfe der französischen Armee versucht eine UN-Mission, Frieden und Stabilität zu schaffen – auch mit Unterstützung der Bundeswehr, die in Mali ihren größten Auslandseinsatz führt. Dieser Einsatz ist derzeit der gefährlichste: Mehr als 100 Blauhelme starben in weniger als drei Jahren. Zudem wird die Friedensmission oft kritisiert, dass sie sich mehr mit ihrem eigenen Schutz beschäftige als mit dem der Zivilbevölkerung. Der malische Staat zeigt derweil wenig Präsenz; zahlreiche Stellen in der lokalen Verwaltung bleiben unbesetzt.

Lösungen für Flucht und Vertreibung werden allzu oft nur mit Dauerhaftigkeit assoziiert

fen – auch mit Unterstützung der Bundeswehr, die in Mali ihren größten Auslandseinsatz führt. Dieser Einsatz ist derzeit der gefährlichste: Mehr als 100 Blauhelme starben in weniger als drei Jahren. Zudem wird die Friedensmission oft kritisiert, dass sie

sich mehr mit ihrem eigenen Schutz beschäftige als mit dem der Zivilbevölkerung. Der malische Staat zeigt derweil wenig Präsenz; zahlreiche Stellen in der lokalen Verwaltung bleiben unbesetzt.

Auch wenn der Danish Refugee Council seine Projekte im Norden Malis umsetzt, darf ich nicht dorthin: Zu groß ist die Gefahr einer Entführung, zu mühsam eine tagelange Autofahrt oder einen begehrten Flug der Vereinten Nationen ins Tausend Kilometer entfernte Gao zu bekommen. Brüchige Telefonverbindungen und verspätete E-Mails von Kollegen aus dem Norden ermöglichen eine Unterstützung von Bamako aus, zeigen mir jedoch die Grenzen auf.

Personenfreizügigkeit im Rahmen von ECOWAS

Wie schwierig sich die Rückkehr von Flüchtlingen gestaltet, wird mir auch im Irak bewusst. In Bashiqa, in der Nähe von Mossul, besichtige ich Projekte für die Hilfsorganisation CARE. Die Stadt ist schwer zerstört und in weiten Teilen vermint. Die Strom- und Wasserversorgung ist nur notdürftig wiederhergestellt, das Krankenhaus geplündert. An eine dauerhafte Rückkehr können die meisten Geflüchteten noch nicht denken: Wie sollen sie sich versorgen, wo arbeiten?

Lösungen für Flucht und Vertreibung werden allzu oft nur mit Dauerhaftigkeit assoziiert: Rückkehr und Reintegration im Herkunftsland oder Integration im Aufnahmeland. Was wäre, wenn der Schlüssel in mehr Mobilität liegt? Ein Flüchtling könnte freiwillig „zurückkehren“, indem er die Staatsbürgerschaft seines Herkunftslands weiterführt, jedoch mit einer längeren Aufenthaltsgenehmigung in seinem Aufnahmeland vorerst bleibt oder in einen Drittstaat migriert.

Eine solche Lösung wurde 2007 in Nigeria gefunden, mit einer Flüchtlingsbevölkerung, die nicht nach Liberia und Sierra Leone zurückkehren wollte. Ermöglicht wurde sie durch das Protokoll der Westafrikanischen Staatengemeinschaft (ECOWAS) zur Personenfreizügigkeit. Flüchtlinge bekamen liberische und sierra-leonische Pässe und gaben ihren Flüchtlingsstatus auf; sie bekamen jedoch zugleich von Nigeria eine erneuerbare ECOWAS-Aufenthaltsgenehmigung, die es ihnen ermöglichte, sich dort wirtschaftlich und sozial zu integrieren. Dieses Modell erkennt zwei Dinge an: den wirtschaftlichen Beitrag von Flüchtlingen zu ihrer Gastgesellschaft sowie die Tatsache, dass im langjährigen Exil die Grenze zwischen Flüchtling und Wirtschaftsmigrant verwischt. Lässt sich dieses Modell auch auf andere Regionen übertragen oder funktioniert es nur in Westafrika?

Das Modell hat seine Grenzen. Denn Mobilität mithilfe einer Aufenthaltsgenehmigung im Aufnahme- oder Drittland ist auch von der dortigen politischen Lage und wirtschaftlichen Konjunktur abhängig. Sowie vom Willen, hehre Ambitionen in die Tat umzusetzen – denn daran mangelt es bei dem ECOWAS-Protokoll noch. Trotzdem kann dieser Ansatz positive Auswirkungen für Flüchtlinge mit sich bringen. • •

[Hannes Einsporn arbeitete in seinem Kolleg-Jahr in Bamako, Bonn und Eschborn.](#)

Silicon Valley in Jordaniens Wüste

Die Rolle der neuen humanitären Akteure

Andrina Beuggert | „Wir haben Tag und Nacht gearbeitet, um Unterkünfte für die gestrandeten Menschen zu organisieren“, sagt Lubna Yousef im sonnenüberfluteten Innenhof des Airbnb-Hauptsitzes in San Francisco. Die Mitarbeiterin des Katastrophenhilfeteams spricht über die Tage nach dem 28. Januar 2017, als Airbnb-CEO Brian Chesky 139 Zeichen auf Twitter setzte, die sogleich um die Welt gingen: „Airbnb is providing free housing to refugees and anyone not allowed in the

Nothilfe ist keine PR-Aktion, sondern integraler Bestandteil der Identität von Airbnb

US. Stay tuned for more, contact me if urgent need for housing.“ Der Tweet war eine Reaktion auf die Executive Order 13769, heute bekannt als „Travel Ban“, die der US-Präsident am Tag zuvor unterzeichnet hatte.

War Cheskys Tweet ein Schnellschuss, eine bloße PR-Aktion? Nein. Das Katastrophenhilfeteam, mit dem Yousef arbeitet, hat schon Monate vor dem Tweet für Menschen in Krisenlagen ein Dach über dem Kopf organisiert. Die Nothilfe ist ein integraler Bestandteil der Identität des Unternehmens. Kellie Bentz, die Leiterin der Katastrophenhilfe, formuliert es so: „Airbnbs Geschäft ist nicht die Zimmervermittlung, sondern die Vermittlung von Zugehörigkeit.“

Seither hat Airbnb systematisch sein Geschäfts- und Servicemodell weiter ausgebaut, um noch mehr Flüchtlingen zu helfen. Im Juni 2017 hat die Firma „Airbnb Open Homes“ lanciert, eine Plattform, die Gastgebern ermöglicht, Flüchtlingen und Evakuierten kostenlos eine Unterkunft anzubieten. Die Vermittlung und Überprüfung der Begünstigten wird von Organisationen wie dem International Rescue Committee übernommen.

Airbnb ist nicht der einzige private Akteur, der seine Kapazitäten dazu nutzt, in humanitären Notlagen zu helfen. Microsoft und Cisco arbeiten mit der Organisation NetHope zusammen, um in Krisenlagen und nach Naturkatastrophen Mobilnetzwerke und Internet wiederherzustellen. Facebook hat 2014 den „Safety Check“ eingeführt, der seinen Nutzern erlaubt, sich nach einem Notfall per Mausklick als sicher zu markieren. Und der Google Person